

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mt. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mt. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pfg. pro dreispaltene Corpusspalte.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 134.

Sonnabend, den 13. November

1897.

Die Vorgänge in Brasilien.

Seit dem Sturze des Kaiserthums und der Errichtung der Republik in Brasilien ist dieses zweitgrößte Staatswesen des amerikanischen Kontinents aus inneren Unruhen und Wirren eigentlich kaum mehr herausgekommen. Bald in diesem, bald in jenem Theile des sich über dreißig Breitengrade hin erstreckenden brasilianischen Reiches brachen Aufstände gegen die Zentralregierung in Rio de Janeiro aus, welche außerdem auch öfteren revolutionären Zettlungen in der Reichshauptstadt selbst entgegenzutreten hatte. Allerdings gelang es der Zentralgewalt schließlich immer wieder, alle solche mehr oder weniger ausgedehnten provinziellen Aufstände zu Boden zu werfen, aber meist konnte die nur unter großen Anstrengungen geschehen, welche bewiesen, daß es der Regierung der „Vereinigten Staaten von Brasilien“ nur mit Mühe gelingt, ihr Ansehen in der Provinz, namentlich in den vom politischen Mittelpunkt, der Hauptstadt Rio de Janeiro entlegenen Landesgebieten, zu behaupten. Die jüngste revolutionäre Erhebung in der Provinz war diejenige der sog. Fanatiker im Bundesstaate Bahia, welche eigenartige Schwärmerfekte unter ihrem Oberhaupt Conde de Siqueira den gegen sie ausgesandten Bundesstruppen länger als ein Jahr hindurch trotzte, erst vor einigen Wochen gelang es, den Aufstand der Fanatiker durch eine umfassende und energische militärische Kraftanstrengung der brasilianischen Bundesregierung endlich zu unterdrücken.

Inzwischen sieht sich aber letztere bereits neuen Schwierigkeiten gegenüber. Das verübte Attentat gegen den Präsidenten der Republik Brasilien, Moraes, und die Ermordung des Kriegsministers Bittencourt haben ein großes Licht auf geplante abermalige Anschläge gegen die Regierung in Rio de Janeiro geworfen, Anschläge, die von der dortigen radikalen Militärpartei, der Jakobinerpartei, wie man so in Erinnerung an die verächtliche ultraradikale Fraktion im französischen Konvent bezeichnet, geplant worden sind, wie nunmehr feststeht. Ganz klar ist zwar die Sachlage noch nicht, doch läßt sich kaum mehr bezweifeln, daß es sich um einen militärischen Putsch handelte, durch welcher Pereira, der Führer der Jakobinerpartei, an die Spitze der politischen Gewalt zu kommen hoffte. Nicht nur in der Stadt Rio de Janeiro und der gleichnamigen Provinz selbst, sondern auch in den anstößenden Bundesstaaten Minas Gerais in Spiritu Santo scheint die brasilianische Militärpartei ein Vorschlagen geplant zu haben. So wenigstens dürfte die Meldung zu deuten sein, der zu Folge eine aus dem Staate Minas Gerais in Spiritu Santo eingebrungene Bande daselbst Unruhen anstiftete, um die Wiederwahl des bisherigen Provinzialpräsidenten oder Statthalters von Spiritu Santo zu verhindern; hierbei griffen die Jakobiner eine Anzahl Ausländer verschiedener Nationalitäten an, von denen einige getödtet oder verwundet wurden, ein Vorgang, der auch noch näherer Aufklärung bedarf. Jedenfalls ist aber die Lage in Brasilien durch die Umtriebe der Jakobinerpartei erneut eine verwickelte geworden, und droht jene durch die zum 1. März bevorstehende Neuwahl des Präsidenten der Republik noch eine wesentliche Verschärfung zu erfahren. Der bisherige Präsident Moraes, welcher wiederum kandidirt, rechnet auf die Unterstützung der meisten Statthalter in der Provinz, der 3000 Mann starken Polizeimacht von Rio und der Marinetruppen. Die revolutionäre Gegenpartei Pereira's soll einen großen Theil der freilich zerrütteten Landarmee für sich haben; welche Partei siegen wird, muß noch dahingestellt bleiben, offenbar stehen aber neue und wohl blutige Kämpfe bevor.

Für uns in Deutschland speziell besitzen nun zwar die neuen inneren Wirren in Brasilien an sich gewiß nur in untergeordneter Interesse. Indessen muß darauf hingewiesen werden, daß die immer wiederkehrenden revolutionären Umtriebe in diesem größten Staate Südamerikas den wachsenden handelsbeziehungen Deutschlands zu demselben nichts weniger wie förderlich sind, es kann uns Deutschen daher doch nicht gleichgültig sein, wenn unsere ausgebreiteten Handelsinteressen in Brasilien stets auf's Neue durch die revolutionäre Zudungen und Anschläge der dortigen Parteien bedroht und beeinträchtigt werden. Auch die blühenden deutschen Kolonien in Brasilien sehen sich durch diese immer wiederkehrenden Unruhen zweifellos in ihrer Entwicklung gehemmt und behindert.

Da sich die Regierung des Präsidenten Moraes bislang im Allgemeinen bewährt hat, so kann man nur wünschen, daß es ihr gelingen möge, sich auch ihrer neuesten Feinde zu erwehren und die Ordnung im Lande wiederherzustellen.

Tagesgeschichte.

Kaiser Wilhelm traf in Ausführung seines jüngsten Jagd-Ausfluges nach Oberschlesien am Montag Abend in Groß-Strehlitz ein wo er die nächsten Tage über Jagd-Aufenthalt zu nehmen gedachte. Auf der Hureise von Potsdam nach Groß-Strehlitz hatte der Monarch die hervorragenden Punkte des schlesischen Ueberschwemmungsgebietes — Dirschberg, Krummhübel u. s. w. — etagenweise besichtigt und sich demnach persönlich von den furchtbaren Hochwasser-Schäden des vergangenen Sommers überzeugen können. Es heißt, der Kaiser habe sich sehr überrascht über den großen Umfang des angerichteten Schadens gezeigt und ausgiebige staatliche Hülfe speziell zur Regulierung der Flußläufe im Ueberschwemmungsgebiet zugesagt. Nach dieser Meldung möchte man es beinahe bezweifeln, daß er — wie bislang immer versichert wurde — durch eine Denkschrift des Staatsministeriums über den Umfang der stattgefundenen Ueberschwemmungen unterrichtet worden sei.

General-Feldmarschall Prinz Georg von Sachsen, welcher mit seinem erlauchten Bruder, dem König Albert, auf Schloß Sybilkenort in Schlesien weilte, ist daselbst auf der Jagd von einem kleinen Unfall betroffen worden. Bei einem Schrottschuß, den der Prinz abgab, prallten einige Schrottkörner zurück und trafen ihn am linken Vorderarm. Die Verletzung wird von den Ärzten als eine oberflächliche bezeichnet, doch heißt es, daß Prinz Georg in Folge dieses Vorfalles bereits in den nächsten Tagen nach Dresden zurückkehren werde.

Die amtliche Einberufung des Reichstages, welche bekanntlich zum 30. d. M. erfolgen soll, wird in diesen Tagen erwartet. Damit tritt der Reichstag in die letzte Tagung des ersten fünfjährigen Gesetzgebungsabschnittes. Neugierlich wird sich die Eröffnung von dem Beginne der vorjährigen Herbsttagung, die formell nur die Fortsetzung der vorangegangenen Session bildete, dadurch unterscheiden, daß sie in der feierlichen Form der Verlesung einer Thronrede stattfinden wird. Nach den bisherigen Anordnungen hat es den Anschein, als werde den in Regierungskreisen laut gewordenen Wünschen nach einer Beschränkung des gesetzgeberischen Stoffes Rechnung getragen werden — eine Thatsache, die auch außerhalb der gesetzgebenden Körperschaften und der beteiligten Ministerien nur mit Befriedigung aufgenommen werden wird. Die Gesetzgebungsmaschine hat in den letzten zehn Jahren so lebhaft gearbeitet, daß der Wunsch wohl allgemein ist, nunmehr eine Ruhepause eintreten zu lassen und die gesetzgeberische Thätigkeit auf wirklich dringende und ausgeprägte Fragen zu beschränken. Eine solche Beschränkung wird nicht nur dem Volke ermöglichen, sich zunächst einmal mit der großen Fülle neuer gesetzlicher Bestimmungen auf den verschiedensten Gebieten des Staatslebens und der Verwaltung genauer vertraut zu machen, sondern auch vielleicht dazu beitragen, der Bevölkerung wieder die gesunde Selbsthilfe nahelegen, nachdem man sich von Jahr zu Jahr mehr und mehr daran gewöhnt hat, stets sofort nach der Hilfe des Staates zu rufen. Irrthümlich wäre es, wenn man in Anbetracht der von der Regierung geübten Zurückhaltung auf dem Gebiete der Gesetzgebung glauben wollte, daß die bevorstehende Tagung des Reichstages arm an Berathungsstoff sein werde. Es wird weder an wichtigen Verhandlungsgegenständen, noch an lebhaften Auseinandersetzungen fehlen.

In Berlin haben die Stadtverordneten-Ergänzungswahlen stattgefunden. Hierbei wurden in der ersten und zweiten Wählerabtheilung durchweg die freisinnigen Kandidaten gewählt, während sich das Ergebnis in der dritten Wählerabtheilung folgendermaßen stellt: 5 Freisinnige, 4 Sozialdemokraten, 5 Stichwahlen; die Sozialdemokraten verloren bislang einen Sitz endgiltig an ihre bürgerlichen Gegner.

Ein Aufsehen erregender Vorfall spielte sich Montag Vormittag an der Kasse des Berliner Bankhauses von Julius Meißner u. Co. ab. Ein Mann, welcher sich als

Firma L. Meißner u. Co. Wechsel im Betrage von rund 100,000 Mark ein und setzte sich, während der Kassier mit der Durchsicht der Lieferung beschäftigt war, im Vorraum der Kasse nieder. Als er nach einiger Zeit des Wartens fragte, ob er nicht bald abgefertigt werden könnte, erhielt er die ihn verblüffende Antwort, er hätte doch schon sein Geld in einem Reichsbank-Check erhalten. Ein Fremder hatte also, die Gelegenheit benutzend, den durch das Kassensperren gereichten Check in Empfang genommen. Infolge sofortigen Telephonrens an die Reichsbank gelang es, die Auszahlung der Summe an den Dieb noch im letzten Moment zu verhindern.

Wien, 10. November. Heute mittag fand vor dem Parlamentsgebäude eine große Demonstration der deutsch-nationalen und deutsch-liberalen Studentenschaft gegen die Sprachenverordnungen statt. Die Studenten brachten den Abgeordneten Schönerer und Wolf, welche, von der Demonstration verständigt, auf der Rampe des Abgeordnetenhauses erschienen, fürmische Ovationen dar. Nachdem Schönerer und Wolf mit kurzen Worten gedankt und die Studenten ersucht hatten, einen Zusammenstoß mit der Polizei zu vermeiden, schritt letztere ein und drängte die Studenten, welche fortgesetzt deutsch-nationale Lieder sangen, „Vereit Badent“, „Pfiu Lueger“, „Nieder mit den Sprachenverordnungen“ schrien, zur Universität zurück. Von dort entfernten sich später die Studenten in aller Ruhe.

Dem österreichischen Abgeordnetenhaus macht die Präsidentenfrage noch immer zu schaffen. Neuerdings war der liberale Abgeordnete Dr. Ebenhoch, einer der entschiedensten Gegner der deutschen Linken, von der für die Neuwahl des ersten Vorsitzenden gebildeten Kommission der Rechten zum Nachfolger Dr. Kathreins in der Präsidentenschaft vorgeschlagen worden. Dr. Ebenhoch machte indessen Schwierigkeiten, die etwaige Wahl zum Präsidenten anzunehmen, unter dem Hinweis darauf, daß er nicht die Gesamtheit des Klubs der katholischen Volkspartei hinter sich habe. Schließlich hat aber die Rechten-Kommission doch an der Kandidatur Dr. Ebenhochs festgehalten, welche nun nochmals von der katholischen Volkspartei geprüft werden soll. Der Budget-Ausschuß des Abgeordnetenhauses setzte am Dienstag in langer Sitzung die Beratung des Ausgleichs-Provisoriums mit Ungarn fort. Der Kaiser Franz Josef empfing am Dienstag Nachmittag den in Wien eingetroffenen ungarischen Finanzminister Lufacs in einstündiger Audienz, die vermutlich mit der Angelegenheit des Ausgleichs-Provisoriums zusammengehängt hat. Am gleichen Nachmittag wurde auch der aus Monza zurückgekehrte Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski vom Kaiser empfangen.

In Konstantinopel scheint das Werk der direkten türkisch-griechischen Friedensunterhandlungen nun doch allmählich seinem Abschlusse entgegenzueilen. Der definitive Friedensvertrag wird 16 Punkte enthalten, von denen 12 fertiggestellt sind; über die übrigen 4 Punkte streiten sich die beiderseitigen Delegirten noch herum.

Der englische Ministerpräsident Lord Salisbury hat auf dem Guild Hall-Banket zu London die herkömmliche politische Rede gehalten. In derselben besprach Salisbury den Streit der englischen Maschinenbauer, ferner den englisch-französischen Interessen-Konflikt in Westafrika und weiter die gesammte Lage in Afrika, sowie das orientalische Problem. Im allgemeinen klangen die Darlegungen Salisbury's über die genannten auswärtigen Fragen friedlich und verständlich, ja, zuletzt ließ er die Erwartung durchschimmern, daß es noch zu einem förmlichen Friedensbunde aller größeren europäischen Mächte kommen werde.

Aus Havanna meldet der amtliche spanische Telegraph wieder einmal einen Sieg der Spanier über die kubanischen Aufständischen, zugleich den ersten spanischen Waffenerfolg seit der Ankunft des neuen Oberbefehlshaber Marschalls Blanco auf Kuba. Die betreffende Meldung ist im Lapidarstil verfaßt und besagt lediglich, daß Oberst Gonzales den Hauptführer der Insurgenten geschlagen habe; ob an diesem spanischen Erfolg mehr daran ist, als an den Siegen, welche General Weyler immer von Kuba zu melden wußte, muß dahingestellt bleiben. Die in Washington verbreiteten Gerüchte, Spanien wolle Nordamerika den Krieg erklären, werden vom Ministerpräsidenten Sagasta feierlich als unheuerlich erklärt, doch war hier Sagasta wohl kaum